

Zusatzzahlung, die zuerst vom wirtschaftlichen Gesamterfolg des Unternehmens und dann von der persönlichen Leistung abhängt. Und zwar in genau dieser Reihenfolge.“

Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Vor allem nicht in Blessings Fall: Die 5500 Investmentbanker der Dresdner Kleinwort haben eine Zusage ihres alten Arbeitgebers, sie warten jetzt auf ihren letzten großen Zahltag.

Dass die Commerzbank, auch auf Druck der Bundesregierung, noch einmal jeden Vertrag prüft, finden die Investmentbanker der Dresdner Bank gar nicht lustig. „Die Allianz hat uns einen Bonuspool versprochen. Das wurde beim Verkaufspreis der Dresdner Bank einkalkuliert“, sagt einer ihrer hochrangigen Manager.

Er rechnet persönlich mit einem Bonus in Millionenhöhe, weil es in seinem Geschäftsbereich gar nicht so schlecht lief. Andernfalls will der Investmentbanker kla-

gen. Auch seine Kollegen sind bereits auf den Barrikaden. Er erwartet „Hunderte von Prozessen“ vor den Arbeitsgerichten.

Die meisten Investmentbanker haben nicht mehr viel zu verlieren. 88 der 90 Aktienanalysten in London, so ein Personalberater, erhielten vergangene Woche die Kündigung. Insgesamt 1300 Stellen will die Commerzbank beim Investmentbanking der Dresdner streichen. Die Brutalität des Geschäfts nehmen die Banker achselzuckend zur Kenntnis. Doch der Sold muss stimmen. Selbst die bereits Entlassenen warten noch auf den Bonusbrief. In dem stehen meist nur ein Satz und eine nackte Zahl.

Bei der Deutschen Bank sind die Briefe großteils schon verteilt. Es ist jedes Jahr das gleiche Ritual. Der Abteilungsleiter ruft jeden Händler einzeln in seinen kleinen Glaskasten neben dem Handelsraum und überreicht einen Umschlag. Wer keinen Bonus bekommt, weiß im Grunde, dass er sich einen anderen Arbeitsplatz suchen muss.



Zentrale der Hypo Real Estate in München: Die

Option 6

Wie die Berliner Regierung um den richtigen Einstieg bei dem Milliardengrab Hypo Real Estate ringt

Vor einem Jahr fühlte sich Georg Funke, damals noch Chef der Hypo Real Estate (HRE), unfehlbar. Er verfügte über einen Chauffeur. Er hatte gerade eine Erfolgsprämie von einer Million Euro verdient. Im privaten Wertpapierdepot lagerte ein dickes Paket von 61.000 HRE-Aktien im Wert von über einer Million Euro.

Heute fühlt sich Funke immer noch unfehlbar. Doch seinen Job ist er los. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn. Und in Berlin streitet die Politik darüber, wie das von Funke mit angerichtete Desaster der Bank unter staatliche Kontrolle zu bringen ist.

Die HRE mit einer Bilanzsumme von knapp 400 Milliarden Euro hängt am Tropf. Steuerzahler und Banken haben bislang Liquiditätsgarantien und Finanzhilfen von 102 Milliarden Euro bereitgestellt. Ansonsten wäre das Institut wohl längst pleite.

Der Bundesfinanzminister drängt auf eine rasche Verstaatlichung. Nur ein smarter Superreicher steht Peer Steinbrück noch im Weg: US-Investor Christo-

pher Flowers hält mit seiner Investmentfirma seit Sommer 2008 24,1 Prozent an der HRE. Mit befreundeten Fonds soll er gar 40 Prozent kontrollieren. Knapp eine Milliarde hat Flowers mit seinen Papieren bereits verbrannt. Seit Donnerstag vergangener Woche versucht er nun, seine Anteile über Börsenwert an den Staat zu verkaufen.

Flowers hat nicht mal schlechte Karten: Für die Regierung drängt die Zeit – und Steinbrücks Drohung einer Enteignung der HRE-Aktionäre ist noch längst nicht Konsens in der Koalition, denn in der CDU wächst der Widerstand. Die Frage entwickelt sich zu koalitionsinternem Sprengstoff.

Es geht um grundsätzliche wirtschaftspolitische Vorstellungen und um die Frage, wie weit der Staat eingreifen darf in die Mechanismen des Marktes.

SPD-Strategen sahen Ende vergangener Woche eine mögliche vollständige Enteignung von Flowers als Pfund, mit dem sich im Wahlkampf wuchern ließe. Sie könnten sich als Partei darstellen, die mit Macht die gesamtgesellschaftli-

chen Interessen vertritt, ohne auf dubiose Finanzinvestoren Rücksicht zu nehmen. Die Union dagegen könnte ihren Wählern kaum vermitteln, weshalb sie zu einer Maßnahme greift, die seit dem Ahlener Parteiprogramm von 1947 keine Rolle mehr gespielt hat.

Der Widerstand gegen die Enteignungsideen wird von CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble angeführt, seit dieser Anfang Februar einen ersten Entwurf aus Steinbrücks Ministerium zugefaxt bekam. Das Gesetz heißt offiziell „Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz“, aber Schäuble fühlte sich in einer ersten spontanen Reaktion an das Ermächtigungsgesetz von 1933 erinnert.

Er beauftragte seine Ministerialen, nach Alternativen zur Enteignung zu suchen. Das Innenministerium fürchtete „unabsehbare ordnungspolitische Implikationen“ und trug „starke Bedenken gegen eine Enteignungslösung“ vor, heißt es in einem Vermerk. Seitdem beharren sich Innen- und Finanzministerium.

Steinbrücks Mitarbeiter hatten in einer Übersicht fünf Szenarien entwickelt, die zur Rettung der HRE denkbar wären. Am Ende empfahlen die Beamten als einzig „empfehlenswerte“ Variante die „Verstaatlichung aufgrund Gesetz“, „da alle anderen Lösungsvarianten in dem erforderlichen Zeitrahmen nicht rechtssicher



DANIEL BARRY / BLOOMBERG NEWS

Investor Flowers
Keine schlechten Karten



THOMAS EINBERGER / ARGUM

Regierung jongliert mit verschiedenen Spielarten der Verstaatlichung

und wirtschaftlich zumutbar zur Stabilisierung des Unternehmens führen“.

Die Übersicht „verfolgt erkennbar allein den Zweck, die Spielart Enteignung als einzige Möglichkeit darzustellen“, schoss Schäubles Ministerialen zurück. Als Reaktion beauftragte Schäuble die auf Wirtschaftsrecht spezialisierte Rechtsanwaltskanzlei Hengeler Mueller mit einem Gegenmodell, intern „Option 6“ genannt. In diesem Szenario werben die Berater für eine gesetzliche Regelung, die es dem Bund erlaubt, in einem beschleunigten Verfahren per Kapitaler-

„Die politischen Kosten einer Enteignung sind unendlich.“

höhung die notwendige HRE-Mehrheit zu erreichen.

Co-Investor Flowers würde kein Bezugsrecht haben und deshalb an Einfluss verlieren. Damit wäre der Weg frei für eine radikale Umstrukturierung der Bank. Sowohl eine Enteignung als auch das Modell der Kapitalerhöhung würden den Staat über zehn Milliarden Euro kosten, rechnen die Juristen. Denn frische Milliarden braucht es in jedem Fall.

Ihre „Option 6“ wollten die Wirtschaftsanwälte Anfang Februar bei einer Krisensitzung im Kanzleramt präsentie-

ren, doch Steinbrücks Beamte schickten sie wieder weg: Weil sie in der Vergangenheit auch für Flowers gearbeitet hätten, seien sie ungeeignet. Daraufhin ließ das Innenministerium die Rechtslage prüfen. Nun sitzen die Juristen von Hengeler Mueller wieder mit am Tisch.

Am Freitag vergangener Woche brachte eine erneute Expertenrunde im Kanzleramt keine abschließende Lösung. Die Regierung jongliert mit verschiedenen Spielarten der Verstaatlichung.

Das befristete „Rettungsübernahmegesetz“, das eine Enteignung nur als Ultima Ratio vorsieht, will das Kabinett in dieser Woche auf den Weg bringen. Parallel soll mit Flowers über einen freiwilligen Verkauf

seiner Anteile verhandelt werden. Dessen Vorstellungen liegen bei acht bis zehn Euro pro Aktie, was er allerdings dementiert. Der Kaufpreis für die Papiere aller Aktionäre würde bei rund 2 Milliarden liegen. Jetzt ist die Aktie 1,15 Euro wert.

Für die Enteignung aller HRE-Aktionäre zum Durchschnittskurs der letzten Wochen müsste der Bund dagegen nur ein paar hundert Millionen Euro hinlegen.

„Aber die politischen Kosten einer Enteignung sind unendlich“, fürchtet ein Spitzenbeamter. Das weiß auch Flowers.

BEAT BALZLI, HOLGER STARK

Statt 400 Millionen Euro wie bei Dresdner Kleinwort hat die Deutsche Bank 3,5 Milliarden Euro unter ihren Investmentbankern verteilt. Von der Sekretärin bis zum Derivate-Spezialisten bekam jeder im Durchschnitt 234.085 Euro. In dieser Summe sind zwar auch die normalen Gehälter versteckt. Doch die garantierten Gehälter liegen in den oberen Führungsetagen oft nur bei 10 bis 20 Prozent des Gesamtbetrags.

Sind 234.085 Euro viel oder wenig Geld? Es kommt auf die Perspektive an. Im Jahr davor gab es bei der Deutschen Bank durchschnittlich 413.204 Euro. Ein Einbruch von über 40 Prozent lässt die Investmentbanker nicht kalt.

Andererseits verursachten die Investmentbanker der Deutschen Bank einen Verlust von 7,4 Milliarden Euro vor Steuern. Nur stabilen Geschäftszweigen wie dem Privatkundengeschäft hat Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann zu verdanken, dass der Verlust auf 3,9 Milliarden Euro begrenzt blieb.

Top-Banker wie Anshu Jain oder Michael Cohrs, die in guten Jahren eher 20 Millionen als 10 Millionen Euro verdienen, verzichteten in diesem Jahr auf ihren Bonus. „Auch viele andere haben keinen Bonus bekommen“, sagt Ackermann. Händler, die mit dem Kapital der Bank in Aktienmärkten oder mit strukturierten Krediten spekulierten, gingen diesmal leer aus. Nachdem ihre Stars in den vergangenen Jahren oft mehr als Ackermann verdienten, verlassen sie nun die Bank.

Andere Investmentbanker kassierten weiterhin ab. Wer mit deutschen Staatsanleihen handelte, konnte viel verdienen. Solche liquiden Papiere waren gefragt, fixe Händler mit Kontakten gesucht. Dass der von Jain verantwortete Wertpapierhandel insgesamt hohe Verluste erwirtschaftete, fiel kaum ins Gewicht.

Die Deutsche Bank kann machen, was sie will. Sie hat schließlich keine Staatshilfe beantragt. Indirekt aber lebt auch sie davon, dass die Regierungen in aller Welt mit Billionen an öffentlichen Mitteln das Finanzsystem vor dem endgültigen Kollaps bewahrten, sonst gäbe es auch die Deutsche Bank nicht mehr. Und schließlich gehörte sie zu den ganz Großen in den hochspekulativen Geschäften, die schließlich die Finanzkrise auslösten.

Leute wie Boaz Weinstein, 35, prägen das Bild der Bank. Der New Yorker ist ein begabter Schach- und ein begnadeter Glücksspieler. Wenn die Bildschirme im Händlerraum nur noch vor sich hin glimmten, pokerte er mit seinen Jungs. Wer eine 100-Dollar-Note auf den Tisch warf, durfte mitspielen.

Mit 24 Jahren fing Weinstein als Spezialist für Kreditversicherungen bei der Deutschen Bank an und wurde mit 27 einer der jüngsten Direktoren, die die Deutsche Bank jemals hatte. Es war ein junger auf-